

Avi Primor: Terror als Vorwand. Die Sprache der Gewalt. Droste-Verlag: Düsseldorf 2003. 237 S.

Der Autor, der schon während seiner Amtszeit als Botschafter in Bonn und Berlin zwischen 1993 und 1999 ein kritisches Wort an die Adresse der Regierung Benjamin Netanyahus wagte, geht auch mit dem wichtigsten Verbündeten, den USA, ins Gericht, wenn er die Ursachen der Kriege gegen den Irak 1991 und seit 2003 auf die wirtschaftlichen und erdölgebundenen Interessen der Supermacht zurückführt. Der 11. September 2001 habe zwar der Regierung George W. Bushs das Motiv zur militärischen Intervention geliefert, doch zeige schon das Beispiel Vietnam, dass ein Krieg nicht gegen die öffentliche Meinung zu Hause zu gewinnen sei – trotz des Traumas, das „al-Qaida“ hinterlassen hat. So gibt die Auseinandersetzung mit den globalen Gefahren des Terrors zwar den Titel des Buches her, doch bieten sie dem Autor naturgemäß die Folie für seine These, warum sich seit der Regierungsübernahme Ehud Baraks im Mai 1999 „Israel in der Klemme“ befinde.

Barak stand „vor einem zerbrochenen Krug“. Oslo war keine Besiegelung des endgültigen Friedens, sondern eine feierliche Absichtserklärung. Zum anderen mussten die Palästinenser mit Schrecken die Forcierung des Siedlungsbaus in der Westbank feststellen – ein Indiz dafür, dass der Premier sehr wohl zwischen militärischer Sicherheit sowie theologisch-historisch begründeten Ansprüchen zu unterscheiden wusste. Schließlich scheiterten Baraks Verhandlungen mit Syrien: Die Rückgabe der Golanhöhen hätte Arafat isoliert und ihn für israelische Vorstellungen geneigter gemacht.

Es war Bill Clinton, der im Juli 2000 auf den Gipfel in Camp David drängte. Denn der amerikanische Präsident hoffte gegen Ende seiner zweiten Amtszeit mit der Regelung des Jahrhundertkonflikts im Nahen Osten Eingang in die Geschichtsbücher zu finden; auch seine ungewöhnlich gründliche Beschäftigung mit dem Konflikt und die Sorge vor einem Autoritätsverlust im Falle des Scheiterns sprachen dagegen, sich mit einer Teilnehmerrolle zu begnügen. Dass Barak auf einen historischen Paukenschlag setzte, statt im Blick auf die vielen innenpolitischen Gegner und die palästinensischen Widerstände gegen eine Regelung unterhalb der Grenzen von 1967 vorsichtig zu taktieren, brachte Camp David

innerhalb von zwei Wochen zum Scheitern. Dass er wie zuvor mit der einseitigen Entscheidung, sich aus dem Süden Libanons zurückzuziehen, Arafat mit einem Friedensdiktat vor vollendete Tatsachen stellen wollte, kostete dem Premier trotz mancher Nachbesserungen nicht nur das Amt, sondern löste auch die zweite „Intifada“ aus. Sie war weniger vom Chef der Autonomiebehörde gesteuert, sondern ihr lag die Erosion seiner politischen Glaubwürdigkeit innerhalb seiner eigenen Bevölkerung zugrunde, die der leeren Proklamationen eines souveränen Staates Palästina müde war. Auf den Sommersitz des US-Präsidenten war Arafat mit einer Delegation gefahren, die von einem politischen Konsens weit entfernt war.

Eine Auseinandersetzung mit den Ursachen der zweiten „Intifada“ erspart sich Primor zugunsten längerer Ausführungen zum Judentum und seiner Bindungen an das Land Israel, zum christlichen Antjudaismus und zum biologistischen Antisemitismus, als deren Konsequenz er den politischen Zionismus ausmacht. Dabei geht leicht unter, dass die zionistische Massenbasis – sofern man von ihr überhaupt sprechen kann – in Osteuropa lag, das an Diskriminierung, Pogrome und Verfolgung gleichsam gewöhnt war. Insofern bestand der dortige Zionismus auch aus einer Revolte gegen die jüdische Tradition, wie es Peretz Smolenskin (1842 – 1885), einer seiner Protagonisten, erklärte: „Du, Gott, bist ewig, Du kannst warten. Denn tausend Jahre sind vor Dir wie ein Tag, der gestern vergangen ist, und wie eine Nachtwache. Unsere Geduld aber ist zu Ende.“

Beim Übergang vom britischen Mandat auf den Staat Israel behandelt Primor die Literatur, soweit sie aus der Feder der „neuen Historiker“ stammt, stiefmütterlich. Die „Nabka“ von 1947/48 rangiert unter der Überschrift „Die selbst zugefügte Tragödie der Palästinenser“. Eine ähnliche Mangelerscheinung begegnet uns 1967, dem ideologischen Paradigmenwechsel per se – der Ablösung des säkularen durch den religiösen Zionismus und seine Folgen, den andere Autoren als die zweite Staatsgründung apostrophiert haben. Der Junikrieg hat das israelische Selbstverständnis zutiefst beeinflusst und große Teile der palästinensischen Bevölkerung angesichts der politisch-strategischen Hilflosigkeit Arafats in die Arme des politischen Islam getrieben.

Desto entschiedener verurteilt Primor die Politik Ariel Sharons, der jeden Friedensprozess heftig bekämpfte und dessen Ziel ein „palästinensisches

Bantustan“ und die Etablierung von „Homelands“ im Schlepptau eines „Apartheidregimes“ sei, auch wenn der Autor sein Verdikt insofern mäßigt, als die damalige Politik Südafrikas mit der heutigen Situation in Israel nicht vergleichbar sei. Doch sei es absurd, dass ein solcher Zustand Stabilität und Frieden garantieren könne.

Intensiv widmet sich Primor der „Road Map“, wobei er Joschka Fischer hohen Einsatz bescheinigt. Der Wunsch nach einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik der Europäer wird jedoch nur dann in Erfüllung gehen, wenn die nationalstaatlichen Interessengegensätze überwunden werden und es gelingt, eine glaubhafte Alternative zu „Onkel Sam Superman“ im Fahrersitz des „Quartetts“ zu etablieren. Wie dieses Programm realisiert werden soll, zumal unter den Bedingungen der Ost-Erweiterung der Europäischen Union, bleibt jedoch ein Rätsel – auch Primor legt ein Bekenntnis zu Europa ab, das er sofort mit dem Bedauern über eine bevorstehende Reduktion des Washingtoner Engagements im Nahen Osten begleitet.

Gleichsam als ein Nachwort schließt der Autor mit der Kurzgeschichte zur „Genfer Initiative“. Dass er zu ihren Sympathisanten und Förderern gehört, hat er in den vergangenen Wochen und Monaten mehrfach demonstriert. Sein politisches Credo dazu lautet: „In beiden Lagern wächst das Verständnis, dass man sein Ziel durch Gewalt nicht erreichen kann. Vorerst wartet man auf die Amerikaner, auf die Umsetzung des Fahrplans, auf den guten Willen der Verhandlungspartner. Sollte all dies zu keinem Ergebnis führen, wird die Bevölkerung aufwachen und Druck auf ihre jeweilige eigene Regierung ausüben, damit sie durch beiderseitige Zugeständnisse einen echten, wahren Frieden ermöglichen.“ Amen, möchte man beipflichtend hinzufügen.

Reiner Bernstein